5 Pfennig. Vormittags-Ausgabe.

Kriegs-Zeitung

5 Pfennig. Vormittags-Ausgabe.

General-Anzeiger für Halle und die Provinz Sachsen

Verlagsgebäude: Gr. Ulrichstraße 16, Ecke Dachrinnstraße 12 bis 14 bezw.Ölbergasse 1. Eingang für Verlag, Redaktion und Anzeigenannahme: Gr. Ulrichstraße 16. — Fernsprech-Sammelnummer 7001
Hauptfilialen: Obere Leipzigerstraße 34 (Tel. Nr. 7981) und Burgstraße 7 in Giebichenstein (Tel. Nr. 1403). Verantwortlich für die Redaktion: Hermann Brandes in Halle/S.

Nummer 57 — Halle, Dienstag den 27. Februar — 1917

Angriff deutscher Torpedobootsstreitkräfte auf England.

W. T. B. Amtlich. Berlin, 26. Februar 1917. In der Nacht vom 25. zum 26. Februar stießen Teile unserer Torpedobootstreitkräfte unter Führung der Korvettenkapitäne Tillessem und Albrecht (Conrad) in dem englischen Kanal bis über die Linie Dover-Calais und in die Themse-Mündung vor. Die im Kanal gestellten englischen Zerstörer wurden nach heftigem Artilleriegefecht zersprengt. Mehrere von ihnen wurden durch Treffer beschädigt und gingen weiteren Kämpfen durch schleunigen Rückzug aus dem Wege. Unsere Boote erlitten keine Verluste oder Beschädigungen. Im übrigen wurde in diesem Gebiete vom Gegner nichts gesichtet. — Ein anderer Teil unserer Torpedoboote drang, ohne irgend welche Bewachung anzutreffen, bis nach Nord-Foreland und in die Downs vor. Die militärischen Küstenanlagen auf Nord-Foreland, die dahinter liegende Stadt Margate sowie einige dicht unter Land zu Anker liegende Fahrzeuge wurden mit beobachtetem guten Erfolge unter Feuer genommen. Handelsverkehr wurde nicht angetroffen. Auch diese Boote sind vollzählig und unbeschädigt zurückgekehrt.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Der deutsche Abendbericht.

(W. T. B.) Berlin, 26. Februar, abends. Amtlich. Oestlich von Arras scheiterte mittags ein englischer Vorstoß, im Sailly-Abschnitt hat sich abends die Gefechtstätigkeit gesteigert.

Im Osten nichts Besonderes.

Der amtliche österreichische Heeresbericht.

(W. T. B.) Wien, 26. Februar. Amtlich wird verlautbart.

Oestlicher Kriegsschauplatz:
Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen.

Nichts von besonderer Bedeutung.

Heeresfront des Generalobersst Erzherzog Joseph.

Nordwestlich des Tartaren-Passes schlugen unsere Truppen einen neuerlichen Angriff im Handgranatenkampf ab.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Südlich von Brzeżany wurde ein neuer russischer Vorstoß abgeschlagen. Westlich von Luck überfielen unsere Stoßtrupps mehrere feindliche Feldwachen.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Nachmittags setzte wieder an der küstenländischen Front und in einzelnen Tiroler Abschnitten stärkeres Artilleriefeuer ein. Bei Verteiba drangen unsere Truppen nachts in eine stark besetzte feindliche Sappe ein, zerstörte diese und vernichtete die Besatzung bis auf einige Leute, die als Gefangene eingebracht wurden.

Südöstlicher Kriegsschauplatz:
Unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes:
v. Hoefer, Feldmarschalleutnant.

Acht feindliche Flugzeuge abgeschossen.

(W. T. B.) Berlin, 26. Februar. (Amtlich.) Die an den Vortagen bis zum 25. Februar vormittags herrschenden Nebel beeinträchtigten die Tätigkeit der eigenen und feindlichen Flieger. Gegen Mittag durchbrach jedoch die Sonne die Wolkenmassen und mit einem Schlage starteten auf beiden Seiten die Flieger zu ihren Kampf- und Erkundungsaufgaben. — Regster Fliegerbetrieb herrschte in der Gegend zwischen Lens und Arras und über der langen Sommefront. Besonders lebhaft waren die Flieger in der Champagne. Auf beiden Seiten der Front kam es zu zahlreichen Luftkämpfen, in deren Verlauf es den deutschen Fliegern gelang, nicht weniger als 8 feindliche Flugzeuge herabzuholen. Davon wurden drei nördlich der Somme niedergezwungen, ein viertes fiel östlich von St. Mihiel, ein fünftes (ein Nieuporter) liegt im Elsaß zwischen Pfaffenbingen und Luttersbach, während das sechste, ebenfalls ein Nieuporter, an der mazedonischen Front zum Absturz gebracht wurde. Das siebente und achte Flugzeug wurden aus einem englischen Geschwader herausgeholt, das Saargemünd anzugreifen versucht hatte. Den Engländern gelang es nicht, an das beabsichtigte Ziel herauzukommen. Unser Abwehrfeuer nötigte sie zu vorzeitigem Abbrechen. Die abgeworfenen Bomben zerplatzten wirkungslos im Gelände. Ein zerschmettertes Flugzeug liegt bei Saargemünd. Dem anderen Flugzeug gelang es mit knapper Not, hinter die Linie zurückzukommen. — Im Verein mit den in der Nacht vorher bei Saargemünd abgeschossenen französischen Lenkluftschiff dürften diese Verluste dem Gegner doch zeigen, daß unsere Luftschiffe auf ihrem Posten sind und es kein angstvolles Beginnen bleibt, deutsche Industrieplätze anzugreifen.

Ein großer Passagierdampfer versenkt.

W. T. B. London, 26. Februar. (Amtlich). Reuter: Der Passagierdampfer der Cunard-Linie „Saxonia" (18099 Bruttoregistertonnen), der von Newyork kam, wurde ohne Warnung torpediert. Ein Schiff mit 27 Ueberlebenden der „Saxonia", darunter eine Anzahl Passagiere, werden um Mitternacht im Hafen erwartet.

Weitere U-Boot-Beute.

London, 25. Februar. („Lloyds"-Meldung) Die englischen Dampfer „Falcon" und „Yser" sind versenkt worden.

Bern, 25. Februar. Pariser Blätter melden aus Le Havre: Infolge dichten Nebels sind der englische Postdampfer „Northwestern Miller" (6504 Br.-Reg.-To.) und der norwegische Dampfer „Snetoppen" gescheitert.

Ferner wird die Versenkung des schwedischen Dampfers „Manningham" (1988 Br.-Reg.-To.) und des französischen Schoners „Saint Sauveur" (158 Br.-Reg.-To.) gemeldet.

Die Wirkung des U-Boottrieges.

Zürich, 26. Februar. Der Unterseebootkrieg macht sich trotz aller gegenteiligen Behauptungen in den Ententeländern immer stärker fühlbar. „Matin" schreibt, die Ausfuhr in den Hallen stehe derjenigen der letzten Tage wiederum nach. (L.-A.)

Lugano, 26. Febr. Wie das Mailänder Handelsblatt „Sole" aus London meldet, wurde an der Börse von Manchester die bevorstehende Einstellung des Betriebes der Textilfabriken besprochen. Nach dem gleichen Blatt ist im Hafen von Genua am 22. Februar kein Dampfer mit Kohle eingetroffen. (L.-A.)

Karlsruhe, 26. Februar. Der „Basler Anzeiger" berichtet, daß die Schiffe der Amerika-Linie nach einem Beschluß der Reedereien dauernd in Newyork liegen bleiben. An eine Aufnahme des Ueberseeverkehrs sei nicht zu denken. (L.-A.)

Der Weg nach Saloniki.

Genf, 26. Februar. Wie der Sekretär des Marine-Ausschusses der französischen Kammer, Abgeordneter Gerat, dem „Matin" mitteilt, beschlossen die Westmächte infolge der Steigerung der U-Boot-Gefahr im Mittelmeer, die Benutzung des Seewegs für Transporte nach Italien und Saloniki auf ein Minbestmaß zu beschränken. Es soll künftig der Bahnweg Paris—Mailand—Brindisi benutzt und die Ausfahrt zur griechischen Küste durch den Kanal von Otranto durch ein Netz (?) gegen U-Boote geschützt werden. Truppen und Material für das Saloniki-Heer werde man von der griechischen Küste mit der Bahnlinie Patras—Athen weiterbefördern. Die Einzelheiten des Projekts wurden in den letzten Tagen in einer Konferenz des Ministers Herriot mit der englischen Regierung festgelegt. Die Veröffentlichung dieses Planes wurde durch die große Erregung veranlaßt, die die Torpedierung der „Athos" in Frankreich hervorrief. Die „Athos" (12 644 To.) war das schönste Schiff der Messageries Maritimes. Die Versenkung erfolgte am 17. Februar in der Nähe der Insel Malta, der Kapitän starb, als er an die Küste gebracht war.

Das abgesperrte Rußland.

Wien, 25. Februar. Aus Lemberg wird gemeldet: Die polnische Blätter berichten, ist zwischen Rußland und den Ententeländern infolge des Unterseekrieges der Personen-, Brief- und Frachtverkehr vollständig eingestellt, wodurch die russische Handelswelt ungeheuren Schaden erleidet. (L.-A.)

Zur Versenkung der holländischen Schiffe.

(T. U.) Rotterdam, 26. Februar. Das Reutersche Bureau versendet heute wiederum an die holländische Presse einen nach bekannten Rezept zusammengestellten Auszug englischer Blätter über die Versenkung der holländischen Schiffe bei den Scilly-Inseln. Es ist bezeichnend, daß die holländischen Blätter die englischen Pressestimmen zwar abdrucken, ihnen jedoch keinerlei eigenen Kommentar anfügen. Die englischen Journalisten versuchen selbstverständlich einmütig, die Schuld des Unglücks auf Deutschland abzuwälzen und erklären als echte Pharisäer, daß nun der Beweis erbracht sei, der Unterseebootkrieg wäre in der Hauptsache ein Schlagmittel gegen die Neutralen.

Die Tendenz dieser Darstellungsweise ist klar. Die Versenkung der holländischen Schiffe in unmittelbarer Nähe eines der bedeutendsten der englischen Häfen muß auf die gesamten Neutralen einen gewaltigen Eindruck machen, zumal im Hinblick auf den eigentümlichen Umstand, daß keine Schiffe der stolzen englischen Kriegsflotte zu sehen waren. Dieser Eindruck soll unter allen Umständen verwischt werden.

Hoffnungen des Exministers Pichon.

(T. U.) Lugano, 26. Februar. Der französische Exminister Pichon erklärte einem Vertreter des „Giornale d'Italia", die Konferenz in Rom garantiere die zukünftige vollkommene Allianz aller lateinischen Nationen. Pichon ist natürlich auch von dem Mißlingen des deutschen U-Bootkrieges überzeugt. Auch hoffe er auf den definitiven Bruch Amerikas mit Deutschland, der besonders wichtige Rückwirkungen auf Italien haben werde.

Schlechte Erfahrungen mit der neuen italienischen Anleihe.

Lugano, 26. Februar. Die Zeichnung der vierten italienischen National-Anleihe hat, ungeachtet der geradezu marktschreierischen Reklame, laut „Agencia Stefani" bisher nur 2200 Millionen Lire ergeben. Hiervon sind 800 Millionen Umwandlungen früherer Schuldverschreibungen. (L.-A.)

Die italienischen Sozialisten gegen den Krieg.

(T. U.) Lugano, 26. Februar. Auf dem gestern zusammengetretenen Kongreß der offiziellen Sozialisten Italiens wurde, wie der „Avanti" meldet, die Solidarität aller italienischer Sozialisten gegenüber den kriegerischen Reform-Sozialisten bekannt und die Haltung des „Avanti" gutgeheißen. Der Abgeordnete Lazzari stellte unter lebhaftem Beifall fest, daß die italienischen Sozialisten im Einverständnis mit den englischen Sozialisten, die Gegner des Krieges sind, trotz des Widerspruchs Vandervelde, auf Einberufung eines internationalen Sozialistenkongresses bestehen werden, auf dem alle Länder und nicht nur die Ententestaaten vertreten sein sollen. Der Name Vandervelde wurde mit Aeußerungen des Unwillens und Hohns begrüßt.

Blutige Zusammenstöße in Dublin.

Haag, 26. Februar. Nach einem Bericht des Dubliner „Daily Telegraph" vom 10. Februar fand in Cork eine Sinnfeiner Bill statt, zu der Einladungen unter dem Motto „Gott strafe England" erfolgt waren. 200 Soldaten bildeten einen Kordon um das Versammlungslokal. Als die Veranstaltung zu Ende war, ereigneten sich auf der Straße blutige Zusammenstöße mit der Gruppe. Eine größere Anzahl Frauen wurde durch Kolbenhiebe der Soldaten verletzt. Während der ganzen Nacht hielten Polizisten Jagd auf irische Rebellen ab. Wer nicht die mündliche Versicherung abgab, ein loyal denkender Bürger zu sein, wurde ins Gefängnis geworfen. (L.-A.)

Das Verhältnis Chinas zu Deutschlands Feinden.

(W. T. B.) Berlin, 26. Februar. Die „Norddeutsche Allg. Zeitung" veröffentlicht Dokumente, die auf das Verhältnis Chinas zu Deutschlands Feinden ein bezeichnendes Licht werfen. Darunter befinden sich Briefe des italienischen Botschafters in Tokio an seine Regierung. In einem solchen Briefe vom 22. April 1916 heißt es u. a.: Daß die Japaner noch heute wie ihre Vorfahren ohne Ueberlegung zu handeln verstehen, wird durch die unermüdliche, feine Beharrlichkeit bewiesen, mit der sie seit vielen Jahren über China ein unsichtbares, ungeheures Netz von Intriguen, Interessen, Spionage und List ausbreiten, um so in diesem unglücklichen Lande die Unordnung vorzubereiten, deren Ergebnis man in den letzten Jahren gesehen hat. Weiter heißt es: Wenn letzten Endes Yuanschikai ein Opfer des europäischen Krieges ist, und wenn es auch eine unbestreitbare Tatsache ist, daß der Krieg die Regierenden des Westens an jeder materiellen Hilfsaktion in China gehindert hat, so scheint dies doch nicht eine Schwäche der Ententevertreter in Tokio zu rechtfertigen, die Japan erlaubte, sich nicht nur in materiellem Gelbe, sondern auch in politischen Werten mit unverschämten Wucherpreisen die japanische Hilfe bezahlen zu lassen.

Zum Schluß heißt es: Sicher ist jedoch, daß die europäischen Mächte während des Krieges jede Anstrengung machen werden, um das Mögliche aus der Liquidation des unermeßlichen, einst himmlischen Reiches zu erlangen.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" bemerkt dazu: Das ist ein Ton, der unter den Verbündeten immerhin ungewöhnlich ist und zeigt, daß der italienische Botschafter ernste Zweifel an der Weisheit der Politik der Ententemächte Japan gegenüber hegt, sollte aber auch der chinesischen Regierung zu denken geben. Jedenfalls sind die Ratschläge des Botschafters ein neuer Beweis für die Haltlosigkeit aller heuchlerischen Gerüchte unserer europäischen Gegner über den Schutz und die Verteidigung der Rechte der Neutralen.

Der große Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitern in Frankreich.

(T. U.) Amsterdam, 26. Februar. Pariser Meldungen zufolge nahm die französische Kammer einen Gesetzentwurf an, wonach noch vor dem 10. März 1917 alle Männer der Jahresklassen 1888/89 zur Verfügung der Landwirtschaft gestellt werden sollen.

Das Elend der Saloniki-Armee.

Rotterdam, 25. Februar. Nach den englischen Blättern übte im Unterhause Dillon scharfe Kritik an der Saloniki-Expedition. Er sagte: Wenn die Politik des Kriegsministeriums darauf berechnet gewesen wäre, die Expedition lächerlich zu machen und zu vernichten, so hätte sie nicht anders sein können, als sie war. Die 200 000 Mann befinden sich in einer schrecklich ungünstigen Lage. Im Vorjahre gab es infolge von Dysenterie und Malaria 60 000 Kranke. Ueberdies habe man Sarrail die Verstärkungen, die er wiederholt verlangte, nicht geschickt. Man lehnte jede Unternehmung ab, auch dann, als sie mit Rücksicht auf das Vorgehen der Mittelmächte in Rumänien dringend notwendig war. Sarrail habe nicht nur Mangel an Kanonen und Munition, sondern auch an sonstigem Kriegsgerät gehabt. (L.-A.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-853246-191702274/fragment/page=0001

Der Bericht der Obersten Heeresleitung.

(W. T. B.) Großes Hauptquartier, 26. Februar.

Westlicher Kriegsschauplatz:

In mehreren Abschnitten zwischen Armentières und der Ayre scheiterten englische Erkundungsvorstöße, die teils nach Feuervorbereitung, teils überraschend erfolgten.

Südlich von Cernay in der Champagne griffen die Franzosen vergeblich an.

Zwischen Maas und Mosel gelangen Unternehmungen eigener Aufklärungsabteilungen.

In zahlreichen Luftkämpfen verloren die Gegner gestern 8 Flugzeuge, dabei zwei aus einem Fliegergeschwader, das erfolglos im Saargebiet Bomben abwarf.

Oestlicher Kriegsschauplatz:

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Westlich der Aa wurden russische Jagdtrupps abgewiesen.

An der Bahn Kowel—Luck glückte unseren Erkundern das Aufheben einer feindlichen Feldwache.

Südlich von Brzezany schlug ein Teilangriff der Russen fehl.

Front des Generaloberst Erzherzog Joseph.

Wie am Vortage mißlang ein mit starken Kräften geführter russischer Angriff nördlich des Tartarenpasses.

Von der Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen und der

Mazedonischen Front

sind keine wesentlichen Ereignisse gemeldet.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Der Zusammentritt des ersten norddeutschen Reichstags.

Zum fünfzigjährigen Gedenken, 24. Februar.

Von Professor Dr. J. v. Pflugk-Harttung.

Geh. Archivrat am Geheimen Staatsarchiv in Berlin.

Mit vollendeter Meisterschaft schloß Bismarck nach dem siegreichen Kriege von 1866 unter Ausschaltung Frankreichs und Rußlands einen Frieden sowohl mit Oesterreich als auch mit den feindlichen deutschen Bundesstaaten. Dieser schuf ein buntes, wüst zusammenhangendes, politisches und wirtschaftliches Gewirr. Es galt daraus einen wohnlichen Neubau, ein geschlossenes, widerstandsfähiges Gebilde zu schaffen.

Bekanntlich schied Oesterreich aus dem bisherigen deutschen Bunde aus und ließ Preußen darin freie Hand. Dieses erwarb Schleswig-Holstein, Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt und beabsichtigte, die noch übrig bleibenden norddeutschen Staaten, das Königreich Sachsen eingeschlossen, zu einem norddeutschen Bunde unter seiner Führung zu vereinigen, während die süddeutschen Staaten gesondert für sich blieben, aber ein Schutz- und Trutzbündnis mit dem Sieger eingingen.

Da sich die deutschen Einzelstaaten aber an große Selbständigkeit gewöhnt hatten, gab es schwierige Verhandlungen. Am 21. August 1866 gelangte man mit den norddeutschen Kleinstaaten zum Abschluß, freilich so, daß die beiden Mecklenburg weitgehende Selbstbestimmung verlangten. Reuß ältere Linie und Schaumburg-Lippe ließen sich erst durch militärische Besetzung zur Unterwerfung zwingen. Die Verhandlungen mit dem Königreich Sachsen schleppten sich hin bis zum 21. Oktober. Sie wurden dadurch erschwert, daß Oesterreich nach Abschluß des Prager Friedens in Berlin als Anwalt seines Schützlings auftrat und daß König Johann sich auch an Frankreich gewendet hatte. Bismarck wies jede Einmischung scharf zurück. Bei der ehrenvollen Gesinnung beider Könige und dem Wunsche Bismarcks nach Herstellung aufrichtig guter Beziehungen, einigte man sich schließlich dahin, daß Sachsen unter denselben Bedingungen in den Norddeutschen Bund eintrat, wie die übrigen Staaten.

Eine zweite Frage von Wichtigkeit bot die Angliederung der neu erworbenen Länder in den preußischen Staatsverband. Sie fand in Kurhessen und Nassau eine günstige Stimmung, anders in Schleswig-Holstein. Hier wünschte die Mehrheit nach wie vor einen eigenen Staat unter dem Hause Augustenburg. Namentlich Nordschleswig, das stark mit dänischer Bevölkerung durchsetzt war, erwies sich als äußerst widerspenstig. Doch diese Strömungen vermochten ebenso wenig gegen die geschaffene Tatsache auszurichten, als das Entsetzen der höheren Klassen der freien Reichs- und Kaiserkrönungsstadt Frankfurt, denen es unendlich erschien, daß diese Perle des alten Reiches zu einer preußischen Landstadt hinabsinken sollte. Doch was half aller Zorn, man fügte sich ohnmächtig, und mußte sich fügen. Den heftigsten Widerstand bereitete Hannover. Ein Teil von dessen Bevölkerung, voran der Welfenadel, hielt fest zu ihrem Könige. Zahlreiche Vereine entstanden unter gemeinsamer Leitung, eine hannoversche Legion zum Loschlagen bereitstellend. 110 Mitglieder der Ritterschaft unterzeichneten am 7. November einen Aufruf, der die bisherige Staatsverfassung als rechtskräftig fortbestehend erklärte. Ueberall wurde gewühlt, vor allem in der Presse. Es kam zu Auflläufen und Belästigung preußischer Soldaten. Inzwischen bewahrte die preußische Regierung ihre Ruhe und ging mit Milde vor, sie bildete drei neue Armeekorps, für Schleswig-Holstein, Hannover und Hessen-Nassau, verkündete die allgemeine Wehrpflicht und übernahm die bisherigen Offiziere und Mannschaften in preußische Dienste. König Georg von Hannover weigerte sich zunächst, seine Soldaten ihres Fahneneides zu entbinden. Aber die preußische Verfassung und preußische Gesetze wurden eingeführt, die weltlich gesinnten Beamten abgesetzt und die hervorragendsten Vertreter der Welfenpartei in der Festung Minden eingesperrt, wodurch äußerlich Ruhe eintrat, die innere folgte.

Bei diesen von auswärts kommenden Schwierigkeiten gestalten sich solche im Innern. Bismarck wünschte den Fortbestand des preußischen Landtages und den der übrigen Bundesstaaten, dagegen aber erhob sich in der preußischen Volksvertretung starker Widerspruch. Es hieß, durch die Neuerwerbungen vergrößere Preußen sich auf 24 Millionen Einwohner, während die übrigen Staaten des zukünftigen Bundes nur 5 Millionen zählten. Dieses Verhältnis schließe eine wirkliche Bundesverfassung aus, es genüge, den Abgeordneten der Kleinstaaten bei gemeinsamen Angelegenheiten Sitz und Stimme im preußischen Landtage zu gewähren. Eine Zersplitterung in zwei Körperschaften würde die parlamentarischen Rechte beider schwächen und damit die Bedeutung der Volksvertretung überhaupt vernichten. Der Antrag einer Wahl nach allgemeinem Stimmrecht stieß im Herrenhaus auf Widerspruch. Doch Bismarck trat selber für seine Sache ein und setzte sie siegreich durch. Das alte Parteigetriebe im preußischen Landtage blieb bestehen, bis sich am 27. September die nationalliberale Partei bildete auf der Grundlage: die deutsche Politik der Regierung zu unterstützen, im Innern jedoch liberale Gesamtlen durchzuführen. Mißtrauen und Abneigung gegen die konservative Staatsleitung dauerten fort, namentlich bei der Fortschrittspartei. Um solchen Strömungen zu begegnen, erging am 21. November eine Einladung an die verbündeten Regierungen, am 15. Dezember ihre Bevollmächtigten zur Beratung des dem Reichstage vorzulegenden Verfassungsentwurfs nach Berlin zu schicken. Bismarcks Bestreben war der Friede, die neuen Zustände wünschte er möglichst ohne Erschütterungen auszubauen. Kühnen Geistes entwarf er rasch die neue Verfassung, wonach ein Bundesrat als Umgestaltung des alten Bundestags eingerichtet werden sollte, ein Bundespräsidium und der Reichstag. Weiter ausgearbeitet, wurde der Entwurf am 15. Dezember den Bevollmächtigten unterbreitet und von Bismarck begründet. In seiner Rede verwies er auf die Hauptmängel des alten Bundes, die fehlende Sicherheit nach Außen und die Unfähigkeit zur Hebung der inneren Wohlfahrt durch gemeinsame Einrichtungen. Es gelte die Sicherheit des deutschen Vaterlands, sein Gebiet und seine Machtstellung zu gewährleisten bei möglichster Schonung der Einzelstaaten. Deshalb war gefordert ein Bundespräsidium, das die völkerrechtliche Vertretung des Bundes nach Außen, unbeschränktes Gesandtschaftsrecht, das Recht über Krieg und Frieden u. a. hieß, ferner ein Bundesfeldherr mit vollem Oberbefehl über die bewaffnete Macht und eine norddeutsche Kriegsflotte unter preußischer Führung. Diese drei Würden sollten sich in derselben Person, in der des Königs von Preußen, vereinigen, dem also die Geschicke Norddeutschlands anheimgegeben waren. Natürlich erhoben sich schwere Bedenken in der Versammlung und eine Reihe von Aenderungsanträgen erfolgte. Ein geringer Teil wurde angenommen, alles übrige verworfen, worauf die Regierungen den nunmehr festgestellten Text des Entwurfs als gemeinsame Vorlage für den Reichstag genehmigten. Die Turn- und Zarifvertrag erwarb Preußen für 5 Millionen Taler, worauf bald nachher die gesamte Postverwaltung in die Hand der Bundesregierung überging.

Am 12. Februar 1867 erfolgten die ersten Reichstagswahlen nach allgemeinem Wahlrecht. Dem Landtage gegenüber brachten sie eine leichte Verschiebung zu Gunsten der Regierung. Als einziger Sozialdemokrat hielt August Bebel seinen Einzug. Die Entscheidung lag bei den 79 Mitgliedern der nationalliberalen Partei, welche das Verfassungswerk der Regierung anerkannte, aber stärkere Rechte des Parlaments verlangte. So trat denn der neue Reichstag am 24. Februar zusammen, eröffnet durch eine Rede König Wilhelms. Nach heftigen und langwierigen Streitigkeiten brachte er den Abschluß der Bundesverfassung. Damit war Norddeutschland bis zum Main geeinigt, war ein starkes Staatswesen erstanden unter der Hoheit König Wilhelms I.

Der uneingeschränkte U-Bootkrieg.

Weitere bemerkenswerte feindliche Stimmen.

Im „Homme enchaîné" vom 8. Februar erörtert Clemenceau den Wert der amerikanischen Hilfe für Frankreich und die Gefahren des verschärften U-Bootkrieges. Er betont zunächst, daß der militärischen Hilfe Amerikas kein großes Gewicht beizulegen sei: Niemand werde erwarten, daß ein Land ohne Armee die Entscheidung in diesem Kriege herbeiführen könne. Das Erste von der amerikanischen Geschwader im Atlantischen Ozean würde eine sehr wertvolle Unterstützung für die britische Admiralität bilden, und zwischen uns und der amerikanischen Republik können finanzielle Vereinbarungen getroffen werden, die für unser Wirtschaftsleben mancherlei Erleichterungen schaffen würden. Aber wir können uns unmöglich verhehlen, daß unsere Lebensmittelversorgung — ich spreche von der französischen sowohl als auch von der englischen — notwendig auf sehr empfindliche Weise leiden muß, bis es uns endlich gelingt, der deutschen Seeräuberei entscheidende Schläge beizubringen. Admiral Lacaze hat im Senat Zifern unserer Verluste gegeben, die nichts beweisen, weil sie sich auf eine Zeit beziehen, in der die Angriffskraft der deutschen U-Boote weit geringer war als heute. Lacaze kann nicht behaupten, daß diese Ziffern uns irgendwelche, auch nur annähernde Schätzungen der Verluste erlauben, die wir in der nächsten Zeit zu erwarten haben. Natürlich ist es angebracht, die allzu nervösen Gemüter zu beruhigen; aber es wäre sehr bedenklich, sie in Sicherheit zu lullen. England, Frankreich und Italien müssen unter der gesteigerten Versenkung von Schiffen notwendig leiden und werden sich Einschränkungen ihres Verbrauchs gefallen lassen müssen. Statt uns damit zu beschäftigen, was die Amerikaner tun werden, sollten wir uns lieber fragen, was wir tun müssen, um die Pflicht ganz uns selbst zu erfüllen. Die endgültige Entscheidung kann nur das Ergebnis einer militärischen Aktion an unserer eigenen Front sein.

General A. schreibt in der „Depêche" (Toulouse) vom 7. Februar: Der Unterseebootkrieg hat für die Mittelmächte eine Bedeutung, die in Frankreich meist nicht öffentlich besprochen werden durfte. Für Frankreich und England ist zur Beschaffung von Lebensmitteln und Munition der Meeresweg von größter Wichtigkeit. Rußland leidet in seiner Ausfuhr durch die Schließung der Dardanellen, und Nordhäfen sind die südrische Bahn können für die Einfuhr nicht viel leisten. Die Mittelmächte handeln daher wohlüberlegt, wenn sie den Unterseebootkrieg möglichst ausdehnen, und befolgen damit nur den napoleonischen Grundsatz vom Schutze der eigenen und von der Zerstörung der feindlichen Verbindungslinien.

Der Seekrieg steht daher hinter dem Landkrieg nicht zurück. Eine Seeschlacht wie die am Skagerrak hat viel tiefergehende Folgen als die Sommer-Offensive, und eine einzige Torpedierung kann viel verhängnisvoller sein als ein Kilometer Schützengrabengewinn.

Deutschland hatte bis zum 1. Januar 1917 hundertundzwölf U-Boote gebaut. Davon verblieben ihm 80, und ihre Macht wächst stetig. Von einer Abnahme dieser Leistungsfähigkeit ist keine Rede. Das muß nachdenklich stimmen.

Ueber die Möglichkeiten und Aussichten des verschärften U-Bootkrieges, schreibt Marc Landry im „Figaro" vom 11. Februar, ist man auf Vermutungen angewiesen, die sich auf Grund von Mitteilungen neutraler und gefangener deutscher Seeleute anstellen lassen. Danach hat Deutschland zurzeit 200 U-Boote im Dienst, von denen 100 tätig sind und die andere Hälfte als Reserve steht. Nach den Erfahrungen der letzten dreißig Monate befand sich aber immer nur ein Drittel der U-Boote auf Kreuzerfahrt, während zwei Drittel in den Häfen lagen. Dieses Verhältnis hielten die Deutschen für notwendig, sowohl um den Mannschaften die erforderliche Erholung zu gewähren, als um die Maschinen instand zu halten. Wenn also jetzt die Deutschen die Hälfte ihrer Boote in Fahrt setzen, so machen sie damit eine Anstrengung, die sie nicht lange durchhalten können. Dazu wären dreihundert U-Boote notwendig und alles spricht dafür, daß nicht mehr als 200 vorhanden sind. Man darf also schließen, daß die Zahl der versenkten Schiffe, die in den letzten Tagen gestiegen ist, sich bald vermindern wird.

Kriegsallerlei.

Neues von unserem „Feinde" Monaco.

Wir haben so ziemlich ganz vergessen, daß auch das Fürstentum Monaco zu unseren Feinden zählt. Wenigstens hat uns seinerzeit dessen gelehrtes Staatsoberhaupt ebenfalls den Krieg erklärt. Seine Armee, aus 90 Gendarmen bestehend, ist freilich unseren Truppen noch nicht begegnet. Was nicht ist, kann ja aber noch werden. Bis jetzt hat Herr Albert ohnehin schwere Sorgen genug gehabt. Er bezieht zwar aus der bekannten Spielbank in Monaco ein Fixum von 1 Million Mark jährlich, dazu noch 5 Prozent von der Brutto-Einnahme, sowie für 20 Millionen Mark übersteigt. Die Geschäfte in Monaco gingen nun aber des Krieges wegen bisher so herzlich schlecht, daß an eine Zahlung von 5 Prozent gar nicht zu denken war. Aber wer kann in heutiger Zeit mit 1 Million auskommen! So sagte sich auch Fürst Albert. Geld pumpen, wie sein Sohn, das ging gegen seine Ehre. Also setzte er sich hin und diktierte den Herren Blanc und Genossen, den Pächtern der Spielbank, einen neuen Vertrag, bestehend aus dem alten Vertrag mit dem Zusatz eines dritten Paragraphen, laut welchem die Pächter ihm außer Fixum und Umsatzprovision noch eine besondere Abgabe von drei Prozent auf die gesamten Brutto-Einnahmen zahlen, wogegen der bis 1958 laufende Vertrag bis 1988 verlängert wird. Albert Honorinè ist nun wieder guter Dinge und pfeift auf den Krieg.

Die Schlitzaugenoperationen der Japaner.

Die Sucht der Japaner, es den Europäern gleichzutun, breitet sich mehr und mehr in dem Bedürfnis zum Ausdruck, auch in ihrer äußeren Erscheinung den Europäern möglichst ähnlich zu werden. Wie „Zit-Bits" zu erzählen weiß, ist es in den letzten Jahren in Japan Mode geworden, sich durch einen chirurgischen Eingriff die schiefe Augenstellung wegoperieren zu lassen, die ja das hervorstechende äußere Merkzeichen des japanischen Typs bildet, um sich dadurch die europäische Augenform anzueignen. Der Arzt macht zu dem Zwecke am äußersten Lidwinkel jedes Auges einen Einschnitt von etwa 1½ Zentimeter. Die Haut der Lider und die Wimpern werden dann heftig gerecht und geöffnet, und schließlich wird ein eigens präpariertes Wachszugpflaster auf die Wunde gelegt. Nach wenigen Tagen ist die Wunde vollständig vernarbt und das Pflaster wird entpölig verloren und dafür eine schöne, gleichmäßig ovale Gestalt erhalten. Die Operation verursacht so gut wie keinen Schmerz und bedingt für den, der sich ihr unterzieht, nur die Unannehmlichkeit der Zahlung eines Operationshonorars von mindestens 1600 M. Viele europäische und amerikanische Chirurgen, die diese Operation als Spezialität ausführen, haben in kurzer Zeit ein Vermögen verdient. In ihrer Praxis gehören nicht nur die bekanntesten Staatsmänner Japans, sondern man behauptet sogar, daß sich der Mikado in allerhöchster Person seine Augen habe „europäisieren lassen.

Ein Kriegsfreiwilliger von 80 Jahren.

In das Reservelspital zu Arad wurde jüngst als „erkrankt an der Ruhr" ein 80jähriger Greis eingeliefert, der Notar der ungarischen Gemeinde Bucfesd Georg Muşa. Muşa hatte sich im Vorjahre, also im Alter von 79 Jahren, freiwillig zum Infanterie-Regiment Nr. 50 gemeldet und wurde infolge seiner Tapferkeit mit Orden ausgezeichnet und zum Feldwebel befördert. Er stand mit zwei Söhnen auch einem Schützengrabenfeuer an russischen Front. Schon am italienischen Feldzug hatte er teilgenommen und sich in der Schlacht bei Solferino hervorgetan.

Ausgezeichnung für Kriegshilfsdienst für Männer und Frauen.

Der Kaiser hat als preußische Auszeichnung ein Verdienstkreuz für Kriegshilfe gestiftet, das aus einem achteckigen Kreuz aus Kriegsmetall besteht und an Männer und Frauen verliehen wird, die sich im Vaterländischen Hilfsdienst besonders auszeichnen. In dem achteckigen Kreuz befindet sich ein Mittelschild, das auf der Vorderseite die Inschrift „Für Kriegshilfsdienst" und auf der Rückseite den bekrönten Namenszug des Kaisers trägt. Das Kreuz wird an einem weißen, schmal schwarzgefreirten Bande mit rotem Borstoß getragen.

Polen, das Land der vielen Sprachen.

Von Karl Eber,

unserem Sonderberichterstatter in Warschau.

Warschau, 10. Februar.

Die Frage, welche Sprache man in Polen spricht, ist nicht so leicht beantwortet, wie es dem Fernestehenden erscheinen mag. Natürlich nimmt das Polnische die erste Stelle ein. Trotz allen offiziellen und inoffiziellen Druckes in der Zeit vor dem Krieg ist es nirgends der russischen Schwestersprache gewichen. Auch schon vor dem Krieg hat das Russische in Polen nur eine geringe Rolle gespielt. Nur in den Schulen nahm es natürlich einen breiten Raum ein. Die polnische Jugend konnte sich aber nie damit befreunden und sah sich lieber mit den verbotenen polnischen Nationaldichtern ab als mit der schwerfälligen russischen Grammatik. Nur die wenigsten lernten fließend russisch; nur ein paar derbe russische Flüche kann man auf den Straßen noch hören. Die Polen sind trotz, daß sie jetzt auch im amtlichen Verkehr ihre eigene Sprache gewonnen haben, wie die 40 000 Großrussen, die in Warschau gelebt hatten — mit wenigen Ausnahmen nur Beamte und ihre Familien — sind ja längst auf Nimmerwiedersehen aus Warschau verschwunden. Im fernen Samara an der Wolga bezieht die ehemalige Warschauer „tschiwnownicki" und die Wilnaischer der berüchtigten Warschauer „Ochrana" nach heute ihre Gehälter und setzen dafür auch an einem gedachten Objekt ihre ersprießliche Verwaltungstätigkeit fort.

In Warschau mißt man allerdings der Tätigkeit dieser Herren keine große Bedeutung mehr bei. Ueber die Sprachenfrage in Polen haben in heute andere Instanzen zu entscheiden. Die neue Verfassung für das Königreich Polen bestimmt, daß die Verhandlungssprache im polnischen Staatsrat und Landtag die polnische sein wird. Ebenso wird selbstverständlich die polnische Armee die polnische Kommandosprache haben. So ist Sorge getragen, daß dem Polnischen nun auch im polnischen Staatsleben die gebührende Vorherrschaft eingeräumt wird.

Im polnischen Lande leben aber nicht nur Polen. Von den 12 Millionen Einwohnern des Königreichs sind höchstens 10 Millionen Polen. Die übrigen sind Deutsche und Juden. So kommt es, daß man bei einem Gang durch Warschau oder Lodz hinreichend nicht nur polnisch sprechen hört. Vor allem sind es eigentümlich rauhe und doch vertraut klingende Laute, die überall den neu nach Polen gekommenen Soldaten und Beamten aufhorchen lassen. Es ist die Sprache der polnischen Juden, der Jargon oder das Jiddische, das in Warschau und Lodz von fast einem Drittel der Bevölkerung gesprochen wird. Dieser Dialekt der Ostjuden hat bei dem Vorrücken der deutschen Heere und bei der sich anschließenden Verwaltungstätigkeit eine große Rolle gespielt. Denn es ist ein alter deutscher Dialekt, den die Juden aus ihrer schwäbischen und fränkischen Heimat mitbrachten, als sie zur Zeit der Kreuzzüge infolge der religiösen Bedrückungen dort auswanderten. Er hat auch heute noch trotz seiner 20 Prozent slawischer und hebräischer Bestandteile sehr große Aehnlichkeit mit dem Hochdeutschen, und so ist es für den Deutschen ziemlich leicht, sich mit den polnischen Juden zu verständigen. Für die Juden ist ihr Jargon nationales und kulturelles Bindeglied. Denn auch in den großen Judengemeinden in London und Amerika wird die Sprache der alten Heimat gesprochen. Es gibt — allerdings durchweg in hebräischen Schriftzeichen — eine sehr reichhaltige Jargonliteratur und Jargonzeitungen mit Riesenauflagen, so in Warschau der „Hajnt"-Hause, der „Moment" und das „Warschauer Tageblatt", die den geistigen Austausch innerhalb der Gesamtjudenschaft vermitteln.

Freilich gibt es auch jüdische Kreise, in denen polnisch gesprochen wird. Ja, in einer dünnen Oberschicht, bei den sogenannten Assimilatoren, ist sogar der Gebrauch der jüdischen Sprache verboten. Auch unter den übrigen Juden sprechen die Gebildeteren neben Jiddisch auch Polnisch. Daneben wird in den Kreisen der jüdischen Rabbiner und Gelehrten natürlich auch viel Hebräisch gesprochen. Bis vor kurzem erschien in Warschau sogar eine hebräische Tages-Zeitung, die „Dosefirah".

Das in Polen auch sehr viel Deutsch gesprochen wird, ist nicht nur eine Folge der Kriegsereignisse. Bereits vor dem Krieg brachten die engen Handels- und kulturellen Beziehungen es mit sich, daß in Polen eifrig Deutsch getrieben wurde. Die Mehrzahl der Gebildeten kann sich in der deutschen Sprache wenigstens verständlich machen, und es hat durchaus praktische Gründe, wenn die amtlichen Veröffentlichungen zugleich deutsch und polnisch erfolgen. Dazu kommt noch, daß vor dem Kriege in Polen über eine halbe Million Deutsche ansässig waren, teils in der Polenindustrie in Lodz und den umliegenden Ortschaften, die von deutschen Einwohnern aus Schlesien und der Lausitz gegründet ist, teils als Landwirte. Sie haben sich, obwohl sie zum Teil seit Jahrhunderten in Polen sind, ihre Muttersprache fast rein erhalten. Die Russen haben viele von ihnen mitgeschleppt und nach Sibirien verbannt. Die sibirischen Dörfer sind sie reichlich ersetzt worden durch die Soldaten und Beamten, die infolge der Kriegsentwicklung ins Land gekommen sind. Die Mehrzahl der Beamten kann natürlich Polnisch, die andern suchen sich wenigstens die Anfangsgründe zu erwerben, wozu ihnen die Verwaltung durch reichlich bedachte Kurse Gelegenheit gibt. Die Deutschen suchen sich vielfach mit dem berühmten „Sechzig-Wort-System" zu helfen. An sich ist die Kenntnis des Polnischen aber kaum nötig. Die Geschäftsinhaber in Warschau und Lodz sprechen durchweg deutsch, und in kleineren Orten helfen die jüdischen Geschäftsleute aus, die sich infolge des Jargons mit Deutschen leicht verständigen können. Auch äußerlich tritt die Verbreitung des Deutschen in Polen hervor. Wer heute durch polnische Orte geht, stößt immer wieder auf deutsche Inschriften an den Geschäftshäusern. Bekanntlich ist auch das deutsche Zeitungswesen in Polen gut entwickelt. Außer der „Deutschen Warschauer- und „Deutschen Lodzer Zeitung" erscheinen noch mehrere Organe von geringerer Bedeutung. Es darf als sicher gelten, daß auch dem Krieg die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und dem Königreich noch enger werden, und so wird auch das Deutsche in Polen seine Herrschaft zum mindesten behaupten.

In der kulturellen Oberschicht ist bis zum Kriege vor allem das Französische gepflegt worden. Zum Teil, sind dafür historische Gründe vorhanden. Der Tode Napoleons mit noch heute in Polen für das Bürgerliche Recht und wird häufig im Interesse zitiert. Auch eine gewisse Verwandschaft im Volkscharakter kann die frühere Vorliebe in Polen für französische Weisen erklären. Schließlich erhofften die Polen von den Mächten ihre Errettung. Es ist anders gekommen; die Polen wissen heute, was sie von den Verbündeten Russlands zu erwarten haben. Immerhin hört man auch heute in Warschau sehr viel französisch sprechen und in den Schaufenstern der Buchhandlungen liegen fast ebenso viel französische Bücher aus wie deutsche. Vor dem Krieg waren auch französische Zeitungen und Zeitschriften sehr verbreitet. Sie erschienen aber immer mit sehr dicken Zensurstrichen — die Ideen der Republik waren natürlich dem Russentum nicht immer genehm.

Damit ist die Zahl der Sprachen, die im Königreich Polen von einem größeren Kreise gesprochen werden, noch lange nicht erschöpft. Die Polen haben ein besonderes Talent zum Erlernen fremder Sprachen. Polen sowohl wie Juden sind in großer Zahl ausgewandert, und diese Emigranten haben draußen vielfach die neue Sprache angenommen und ihr auch nach der Heimat, zu der sie rege Beziehungen aufrechterhalten, Eingang verschafft. So ist außer dem bereits erwähnten Deutschen und Französischen insbesondere Italienisch und — durch Vermittlung der Juden in London und Amerika — Englisch verbreitet. Und natürlich haben auch die Sprachgebiete, an die Polen grenzt, ihre Ausstrahlungen dorthin.

Es ist also eine sehr lange Liste von Sprachen, die in Polen gesprochen werden, und diese Liste wird, die das Land zum Vermittler zwischen verschiedenen Produktionsgebieten besonders geeignet macht, wird auch für die künftige Entwicklung des Königreichs von Bedeutung sein.

z.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-853246-191702274/fragment/page=0002